

CDU-Fraktion im Rat der Hansestadt Buxtehude – Bahnhofstraße 7 - 21614 Buxtehude

Hansestadt Buxtehude
Frau Bürgermeisterin Oldenburg-Schmidt
Bahnhofstraße 7
21614 Buxtehude

CDU der Hansestadt Buxtehude
Die Stadtratsfraktion

Alexander Krause
Berliner Straße 13
21614 Buxtehude

27. August 2026

Resilienz stärken – Buxtehude fit für die Krise machen

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

die sicherheitspolitische Lage in der Welt verändert sich und die Folgen sind auch in unserem Land spürbar. So genannte hybride Angriffe, zu denen Cyberattacken auf Unternehmen, aber auch auf kommunale Verwaltungen sowie Anschläge auf die Infrastruktur zählen, nehmen spürbar zu.

Der Anschlag auf das Berliner Stromnetz, in dessen Folge der Strom für vier Tage ausfiel, hat medial für Aufsehen gesorgt. In Reutlingen waren im Juni rund 30.000 Menschen, aber auch Unternehmen, medizinische Einrichtungen u.a. von einem, durch einen Anschlag verursachten, Stromausfall betroffen. Nach einem Bericht der WELT vom 30. Juli 2026 bereitet sich die Bundesnetzagentur auf längere Stromausfälle vor.

Der Bund hat mit dem O-Plan Deutschland und den Anpassungen im Zivil- und Katastrophenschutz auf die sich veränderte Lage reagiert, das Land Niedersachsen treibt mit seinem Sicherheitspolitischen Dialog den Austausch beteiligter Akteure voran.

Die Fraktion der CDU im Rat der Hansestadt Buxtehude bittet die Verwaltung:

1. Vorzustellen, wie die Hansestadt Buxtehude auf die sich verändernde Lage vorbereitet ist bzw. in wo sie in Gespräche eingebunden wird.
2. Darüber zu berichten, wie die Hansestadt Buxtehude auf das Szenario eines möglichen, 72-Stunden andauernden, Black-Outs vorbereitet ist.
3. Welche Notfallinformationspunkte (NIP) im Gebiet der Hansestadt Buxtehude geplant sind:
 - a. Wie und durch wen diese betrieben werden.
 - b. Wie Bürgerinnen und Bürger über diese informiert werden.

Zudem beantragen wir:

1. Die Verwaltung möge einen Vorschlag unterbreiten, wie – etwa im Rahmen einer anderen Veranstaltung mit hohem Besucheraufkommen – das Konzept der NIPs vorgestellt werden könnte.
2. Die Verwaltung möge eine Kostenschätzung vorlegen, welche Mittel benötigt werden würden, den Ratgeber „Vorsorgen für Krisen und Katastrophen“ des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Resilienz ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Sich auf möglich Krisen vorzubereiten, die hoffentlich nie kommen, ist besser, als von ihnen überrascht zu werden.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Krause

Mitglied im Rat der Hansestadt Buxtehude